



## ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG

# Bundesmeldegesetz – Schwerpunkt: Auskunfts- und Übermittlungssperren

Produktnummer	Termin	Gebühren pro Teilnehmer/-in
2026-1627SP	24.06.2026	282,00 EUR
	09:00 Uhr bis 16:30 Uhr	Die VWA geht davon aus, dass der Arbeitgeber die Teilnahmegebühr sowie Reisekosten übernimmt.

Das Bundesmeldegesetz gilt in Deutschland seit 1. November 2015. Seitdem gibt es bundesweit einheitliche und unmittelbar geltende melderechtliche Vorschriften für alle Bürger/-innen in der Bundesrepublik Deutschland.

Welche Gründe sind für die Einrichtung einer Auskunftssperre ausreichend und welche Nachweise werden benötigt?

Wann darf ich eine Adressauskunft erteilen und wann bleibt es bei der neutralen Antwort?

Was ist wenn Kolleg/-innen die Anschrift benötigen?

Diese und noch mehr Fragen beschäftigen uns im Arbeitsalltag immer wieder. In diesem Seminar werden die verschiedenen Arten der Auskunfts- und Übermittlungssperren sowie Sperrvermerke behandelt. Anhand praktischer Fälle sollen sowohl die Beantragung und Einrichtung von Auskunftssperren wie auch die rechtskonforme Auskunftserteilung erörtert werden. Fälle aus dem Arbeitsalltag können zum Seminar mitgebracht werden. Fragen und Probleme aus der täglichen Arbeit werden erörtert und gemeinsam werden Lösungen erarbeitet.

## Inhalte

- Schwerpunkt Auskunfts- und Übermittlungssperren
- Umgang mit Meldedaten
- Auskünfte bei bestehenden Sperren an öffentliche Stellen
- Melderegisterauskünfte an private Stellen

## Dozentin

### Ellen Nauta

Sachgebietsleiterin Bürgerbüro Euskirchen

## Lernziele

## Ort

VWA Bildungshaus  
Wolframstr. 32  
70191 Stuttgart

## Kontakt

### Information

Amelie Burkhardt  
0711 21041-52  
a.burkhardt@w-vwa.de

### Konzeption und Beratung

Hanna Baus  
0711 21041-49  
h.baus@w-vwa.de

### Anmelde- und Teilnahmebedingungen

### Impressum

### Datenschutzhinweise

Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer/-innen der Veranstaltung mit den notwendigen rechtlichen Grundlagen auszustatten, um Entscheidungen in Meldeangelegenheiten in der Praxis rechtssicher treffen zu können.

## **Zielgruppe**

Erfahrene Mitarbeiter/-innen der Bürgerbüros und Einwohnermeldeämter